

Amt: 31

Bezeichnung: Amt für Umweltschutz und Energiefragen

1. Budgetabrechnung 2012 (Vorjahr)

Hat das Budget 2012 negativ abgeschlossen?

- Nein
- Ja

Vorschlag der Kämmerei zum Verlustvortrag Euro

Vom Stadtrat beschlossener Verlustvortrag Euro

2. Budget und Arbeitsprogramm 2013

Wie wird das Budget aus heutiger Sicht unter Einbeziehung von Verlustvorträgen am Jahresende abschließen?

- wie im Plan vorgesehen
- besser als geplant, und zwar voraussichtlich um circa
- schlechter als geplant, und zwar voraussichtlich um circa

Euro

Euro

3. Sind Ereignisse / Entwicklungen eingetreten oder absehbar, die die Einhaltung des Budgets gefährden?

- Nein
- Ja

3.1 Welche sind das?

- 3.1.1
- 3.1.2
- 3.1.3
- 3.1.4
- 3.1.5

3.2 Welche finanziellen Auswirkungen haben sie?

3.2.1 Voraussichtliche Mehrkosten Euro

3.2.2 Gegenfinanzierung: Euro

3.3 Folgende Maßnahmen werden ergriffen, um den Budgetrahmen einhalten zu können:

3.3.1 Euro

Erwartete Einsparung

3.3-2 Euro

Erwartete Einsparung

3.3.3 Euro

Erwartete Einsparung

3.3.4 Euro

Erwartete Einsparung

Erwartete Einsparung Euro

4. Sind Ereignisse / Entwicklungen eingetreten oder absehbar, die die Einhaltung des Arbeitsprogramms gefährden?

- Nein
- Ja

4.1 Welche sind das?

Naturschutz :

- a) Die Aufarbeitung der Ergebnisse der Stadtbiotopkartierung erweisen sich als sehr zeitaufwändig.
- 4.1.1 b) Die neuen Vollzugsaufgaben im Artenschutzrecht führen zu vermehrter und umfangreicherer Sachbearbeitung.

Immissionsschutz :

- 4.1.2 a) Personalwechsel und zeitweise Nichtbesetzung der Verwaltungsstelle
- b) Einführung der Industrieemissions-Richtlinie; Ausweitung Prüf- und Berichtspflichten
- 4.1.3
- 4.1.4
- 4.1.5

4.2 Welche Auswirkungen auf das Arbeitsprogramm haben sie?

Naturschutz :

Die in 2013 vorgesehenen Maßnahmen für den Arten- und Biotopschutz können aufgrund von nicht ausreichender Personalausstattung nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden.

Immissionsschutz :

Die Überwachung der Anlagen verzögert sich sehr, tlw. entsprechen die Anlagen nicht mehr den Genehmigungsaufgaben. Änderungsgenehmigungen sind die Folge. Für neu beantragte Anlagen verzögern sich dadurch die Genehmigungsverfahren. EU-Berichtspflichten können nicht fristgerecht erfolgen. Stellungnahmen zu Bauanträgen sind umfangreicher und komplizierter geworden. Beteiligungsverfahren bei Gaststättenanträgen und Veranstaltungen ziehen sich in die Länge.

4.3 Folgende Maßnahmen werden ergriffen:

Naturschutz :

Die Maßnahmen müssen verschoben werden, eine neue Personalstelle wurde beantragt.

Immissionsschutz :

Um den verpflichtenden Vorgaben des StMUG bei der Priorisierung im Vollzug des Immissionsschutzrechtes nachzukommen, werden mit derzeitiger Personalausstattung nunmehr Gaststättenanträge und Veranstaltungen nachrangig bearbeitet, Nachbarschaftsbeschwerden können zu einem großen Teil nicht mehr bearbeitet werden.

Eine neue halbe Personalstelle wurde beantragt.

5. Fortbildungscontrolling

5.1 Abgelaufenes Haushaltsjahr 2012

Anzahl der Beschäftigten, die im Jahr 2012 externe, aus dem Amtsbudget finanzierte* Fortbildungsveranstaltungen** besucht haben	18
* auch anteilig bezahlte Fortbildungen	
**	
Anzahl der externen Fortbildungstage 2012	54

Budget und Arbeitsprogramm 2013

Stand: 31. Mai 2013

Fortbildungskosten insgesamt

7.434 Euro

5.2 Haushaltsjahr 2013 – Zwischenstand zum 31.05.2013

Anzahl der Beschäftigten, die bis zum Stichtag 31.05.2013 an externen
Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen haben

8

Anzahl der externen Fortbildungstage

19

Fortbildungskosten bisher

1.850 Euro

Datum: 10.06.2013

Bearbeitet von:

Matthias Sitter

Amt:

31